

Verantwortl. Redakteur: H. D. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: H. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.

Bezugspreis:
in Stettin monatlich 50 Pf., mit Botenlohn 70 Pf.,
in Deutschland viertelsjährlich 1 Mk. 50 Pf., mit Botenlohn 2 Mk.

Anzeigen: die Kleinzeile oder deren Raum im Morgenblatt
15 Pf., im Abendblatt und Neuen 30 Pf.

Zola vor Gericht.

Es vergeht kein Tag, an welchem der Zola-Prozeß nicht dramatische Zwischenfälle bringt und ohne daß es sich zeigt, daß man ängstlich ben ist — besonders von Seiten des Vorsitzenden — der Vertheidigung Erschwerungen aufzuerlegen. Der gestrige Verhandlungstag lieferte dazu wieder reiches Material.

Die Pariser Blätter haben einstimmig die Bedeutung des vorgefundenen Zwischenfalles in den Verhandlungen des Golzprozesses hervor und meinen, dieser Zwischenfall dürfte eine entscheidende Wendung herbeiführen. Die Zoffendlichen Blätter fordern die Degrierung auf, sie möge verbinden, daß die geheimen Schriftstücke, welche diplomatische und kriegerische Erweiterungen herbeiführen könnten, dem Schwurgericht vorgelegt werden. „Sigaro“ sagt, es sei unnötig, heute schon die Folgen des Zwischenfalles zu berechnen. „Sonntal“ fragt sich, welches die Folgen dieses ersten Tages sein werden, und begreift nicht, weshalb, daß er die Armee so glänzend aus der Krimme, in welche die Vertheidiger Golz's die Armee gebracht hätten, gezogen habe. Die der Diskussion freundlich gestimmten Blätter legen dem von Pelliez angeordneten Schriftstücke wenig Bedeutung bei. „Siecle“ und „Kurier“ sprechen die Ueberzeugung aus, daß das Schriftstück wahrscheinlich das Werk einer Fälschung sei. „Siecle“ betont, daß das Schriftstück sonderbarerweise vom Generalstab erst nach dem Abgange des Obersten Picquart abgegeben sei. Die Minister haben sich vor gestern Abend zum Präsidenten kaum, um mit ihm über die aus der Aussage des Generals Pelliez sich ergebende Lage zu beraten. Die Besprechung dauerte eine halbe Stunde. Die gefassten Beschlüsse werden geheim gehalten.

In der That ist werden gleich gesparten. Der Präsident zunächst den Generalstabeschef General Boisdeffre eintrien. (Bewegung. Allgemeine Aufmerksamkeit.) Der General, in Uniform, tritt in die Scharke vor. Präsident: „Herr General, es hat sich hier gestern ein Zwischenfall ereignet, auf den wir nicht gekostet waren. Man hat den Wunsch ausgedrückt, daß Sie vernommen würden, und der Gerichtshof hat demgemäß beschloffen.“ Der Präsident verliest jedoch das Enrogramm der gestrigen Worte des Generals Pillieux und sagt zum Zeugen gewendet: „Was haben Sie zu sagen? Boisdeffre erwidert: „Ich befähige in allen Punkten die Aussage des Generals Pillieux als richtig und als authentisch; ich füge dem Wort weiter hinzu, kein Wort weiter. (Unhaltende Bewegung. Aber, meine Herren Geschworenen“, sagt Boisdeffre jedoch, sich zu den letzteren wendend, „Sie sind hier die Nation, Sie vertreten sie. Wenn die Nation kein Vertrauen zu den Führern des Heeres hat, so sage sie es. Wir sind bereit, anderen die Sorge unserer Verantwortlichkeit zu übertragen. Meine Herren Geschworenen, Sie sind die Nation sind, sprechen Sie es aus und sagen Sie es.“ (Anhaltende Bewegung.) Dünke: „Dann! Doch die Annee!“ und Handstischgen erheben, als Boisdeffre von der Scharke zurücktritt. Nach der Aussage des Generalstabeschefs Boisdeffre sagt Anwalt Labori: „Ich möchte an General Boisdeffre Fragen stellen.“ Präsident: „Sie werden diese Fragen nicht stellen.“ Labori: „Nie?“ Präsident: „Nein; ich sage Ihnen, Sie werden sie nicht stellen;“ und der Präsident sagt lebhaft: „Man lasse einen anderen Zeugen kommen.“ Trotz des erregten Empfindes Labori's, welcher antwortet, daß er seine Anträge einbringen werde, wird Oberhazy vom Gerichtsbereich herbeigeholt. Er erscheint alsbald; im Saal herrscht tiefes Schweigen. Als Oberhazy an der Scharke ist, fragt der Präsident den Verteidiger Labori: „Was für Fragen haben Sie zu stellen?“ Labori beschränkt sich auf die Antwort, daß er angeblich seine Anträge ablasse. Gut, sagt der Präsident, so werde ich die Fragen selbst stellen: „Man hat gesagt, daß Sie der Liebhaber des Bordaus seien; was haben Sie darauf zu erwidern?“ Oberhazy antwortet: „Ich habe zu nichts eine Erklärung abzugeben. (Bewegung. Meine Herren Geschworenen, fährt er fort, ohne den Schatten eines Bedenkens hat der elende Mathien Drechs nicht aus des Verbrechens seines Bruders schuldig angeklagt. Ich bin vor meinesgleichen gerichtet worden, die mich freigesprochen haben. Heute laßt man mich als Zeugen vor, um mich nochmals anzuklagen. Nun ich hier ohne Anklagestand bin, ohne Anwalt, um mich zu verteidigen, bin ich bereit, auf alle Fragen zu antworten, die Ihnen zu stellen beabsichtigt wird, meine Herren Geschworenen. Was die Leute da angeht,“ fährt Oberhazy fort, sich sich gegen Zola und seine Anwälte wendend, „vielen Leuten antworte ich nicht.“ (Lebhafter Beifall.) Der Präsident richtet an den Verteidiger Labori die Frage: „Haben Sie an den Major Oberhazy Fragen zu stellen?“ Labori: „Doch bin mit Abfassung meiner Anträge beschäftigt, ich werde meine Fragen erst stellen, wenn der Gerichtshof über meine Anträge Beschluß gefaßt haben wird.“ Präsident: „Stellen Sie Ihre Fragen sofort, oder Sie werden sie überhaupt nicht mehr stellen.“ (Unruhe.) Labori: „Ich habe für den Augenblick nichts zu sagen, aber ich erhebe Empörung gegen diese Haltung.“ Präsident: „Wie? Herr Major Oberhazy, sagen Sie sich.“ Andauernder Beifall erhebt, als sich Oberhazy in den Hintergrund des Saales zurückbeugt. Die Verhandlung wird unterbrochen, damit die Verteidiger ihre Anträge fertig schreiben können. Während der Pause bemerkt man Zola und seine Verteidiger, welche in lebhaftem Gespräch begriffen sind. Im Saale unterhält man sich lärmend, es herrscht ein unbeschreibliches Gekwirr. Nach anderthalb stündiger Pause wird die Verhandlung wieder aufgenommen. Labori bringt seine Anträge ein und verliest dieselben. Sie betreffen die Weigerung des Präsidenten, an Boisdeffre Fragen stellen zu lassen, noch bevor er selbst wissen könne, was dies für Fragen seien. „In Erwiderung dessen“, betont Labori besonders, „daß hier nicht der Ort ist, zu unteruchen was gerichtliche Verhandlungen vom Standpunkte der Billigkeit und des Rechts für einen Werth haben, wenn die Offiziere Alles sagen dürfen, was sie sagen wollen, sei es über die Drechs Angelegenheit — und das sogar unter Mitachtung des Verdictes des Gerichtshofes — sei es unter Verletzung des Amtsgeheimnisses, während der Verhandlung das Wort verweigert

wird, worin eine veritable Verleugnung der Gerechtigkeit liegt. . . " Hier unterbricht ein lauter Pfiff die Verlesung der sehr langen Schlussfolgerungen, die schließlich in die Forderung auslaufen, die Generale Boisdorff und Pellens, sowie den Major Esterhazy, wenn es anging, erschießen wieder an die Schranke zu rufen. Generaladvokat van Cassel hebt hervor, habe, als er den Gerichtshof ersuchte, nicht zu gestatten, daß von der Drehfuss- und Esterhazy-Sache gesprochen werde, Alles vorausgesehen, was gekommen ist; er habe sich nur durch seine Worte zu dem gesteuert und verlasse sich zudem auf das Urtheil des Gerichtshofes. Labordrüberdort hierauf: "Wieviel Generale haben hier plaidirt, mit Uniformen und Orden plaidirt." (Anhaltende Unruhe; Aufse: "Genug!" im Eingange des Saales.) Präsident zum Verteidiger: "Ihre Worte sind unpassend." Labordr: "Was hier unpassend ist, das sind die Proteste und die Kundgebungen, die hier vorkommen und die man nicht abzuheilen weiß. Ich sage, daß, wenn man uns vorwirft, hier eine Division des Prozesses Drehfuss vornehmen zu wollen, die Generale irtüthlich eine Gegenrebellion veranstalten wollten. Esterhazy ist freigesprochen; um so besser für ihn; es mögen aber diejenigen, die ihn freisprechen, die Verantwortung dafür tragen, wenn sie eine auf sich genommen haben." (Warm, Unruhe.) Labordr spricht sodann von dem Manne, der auf der Teufelsinsel leide und dem deswegen ohne Zweifel für die, die im Eingange des Saales brüllen, uninteressant sei. Labordr schließt mit der Bitte an die Mitglieder des Gerichtshofes, sich über das Wurren eines Saales zu stillen, der nicht wisse, warum er Kundgebungen veranlasse. (Aufse: Oh! Oh!) "Stellen Sie sich, meine Herren, über die Erregung eines irregulierten Landes. Ziehen Sie in Betracht, daß wir vielleicht an einem Wendepunkt der Geschichte unseres Landes stehen, und daß Ihr Beschluß Folgen haben wird, welche Niemand heute abmessen kann." (Andauernde Bewegung.) Hierauf zieht sich der Gerichtshof zur Beschlußfassung zurück.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung verliest der Präsident den Gerichtsbeschluss, worin es heisst, dem Vertheidiger sei mit Recht das Wort verweigert worden, weil er an die Generale Voisidoffe und Pellieng Fragen stellen wollte über einen Zwischenfall, der zum Prozeß Dreyfus gedreht, dessen Verapragung ein Gerichtsbeschluss bereits unterlag habe. Der Gerichtsbeschluss erklärt, Major Osterhazy werde wieder beaufen werden, sobald dazu Anlaß sei. Clemenceau theilt mit, er werde jedoch benachrichtigt, daß Frau Doulanich sich im Gerichtsgebäude befinde, aber aus Furcht für ihre persönliche Sicherheit nicht wage, in den Saal einzutreten. Er bittet den Präsidenten, Maßregeln für ihre Sicherheit zu treffen. Der Präsident erwidert: „Lassen Sie sie kommen, wenn Sie können. Das geht den Gerichtshof nichts an.“ Der Staatsanwalt erklärt: „Frau Doulanich wird hier ebenso geschützt werden, wie alle Welt. Sie können sie kommen lassen.“ (Bewegung.) Auf Antrag Laboris wird Oberst Picquart wieder aufgerufen. Auf eine entsprechende Frage Laboris erwidert der Zeuge: „Oberst Geniy hat hier ausgesagt, das Alibi, welches ich mit Leblois zusammen durchgesehen haben soll, wäre aus dem eisernen Schrank: nur herausgenommen worden, um mir durch den Archivar Gribelin gestellt zu werden. Ich erkläre, daß das Alibi nicht zwischen dem Monat Dezember 1894 und dem Zeitpunkte, wo ich es angeblich mit Leblois durchgesehen haben soll — was ich übrigens nochmals bestritte — aus dem eisernen Schrank herausgenommen worden ist; Archivar Gribelin und Major Rauth, welcher das Schlüsselwort kannte, konnten das Alibi nicht ebenso gut aus dem Schrank nehmen wie ich selbst.“ Picquart sagt dann, zu der Zeit, als der Verdacht gegen Osterhazy begann, sei im Ministerium ein Christlich eingetroffen, das den Verdacht gegen Osterhazy zu beseitigen im Stande war. „Dieses Christlich“, sagt Zeuge, „ist dasjenige, das man als eine Täuschung ansehen kann.“ Labori: „Um welches Christlich handelt es sich?“ Picquart: „Um das, von welchem gestern Pellieng gesprochen hat.“ General Conse tritt hierauf vor, um, wie es Voisidoffe gethan hat, zu versichern, daß das Christlich, von dem Pellieng gesprochen hat, echt ist. Mehr könne er nicht sagen. Advokat Clemenceau, der sich kurze Zeit entfernt hat, kehrt zurück und theilt mit, Frau Doulanich werde erst morgen kommen.

Eschbary wird nun wieder aufgerufen, was Aufsehn erregte. Labori stellt zwei oder drei Fragen, auf die Eschbary unabänderlich erwidert, er werde nicht antworten. Es bricht darauf im Hintergrunde des Saales unbeschreiblicher Beifall aus, was Labori zu der Bemerkung veranlaßt, er ersuche jedoch, daß man den Hintergrund des Saales nur unter Vorzeigung einer Offizierskarte betreten dürfe. (Räuf.) Hierauf stellt Abvokat Clemenceau seine Fragen an Eschbary. Auf die Frage: „Zu welcher Zeit war Zeuge im Nachrichtendienst in Frankreich beschäftigt?“ erfolgt keine Antwort. Clemenceau fragt: „Hat Zeuge Frau Loulancy gekannt?“ Dies veranlaßt den Präsidenten, den Zungen zu fragen: „Wollen Sie auf diese Frage antworten?“ Eschbary erwidert: „Auf keine Frage, Herr Präsident.“ Auch auf die fernere, an den Zungen gerichtete Frage: „Haben Sie den Brief geschrieben, in welchem es heißt: die Deutschen werden alle diese Leute an ihren Platz bringen“ erfolgt keine Antwort.

Clemenceau stellt eine Reihe von Fragen in Betreff der an Frau Boulangier gerichteten Briefe, in denen der Aermee und ihren Führern viel mitgespielt wird. Esterhazy antwortet aber nicht, sondern dreht Falsch und seinen Vertheilighen den Rücken zu und sieht nur die Weismorenen an. Im Saale herrscht große Erregung. Clemenceau fñhrt mit dem Vorlesen der Briefe fort, in denen von dem Man die Rede ist und von Paris, das im Sturm genommen und 100 000 betrunkenen Soldaten zur Plünderung überliest ist. Clemenceau fragt: „Erfennt der Zeuge die Nichtigkeit dieser Briefe an?“ Esterhazy beharrt sein geringschätziges Stillschweigen. Clemenceau verliest nun die auch schon im Kriegsgesichte verlesenen Zeugnisse, die sich sehr lobend über den Zeugen aussprechen und sagt zum Präsidenten: „Wollen Sie den Zeugen fragen, ob er von diesen Zeugnissen nicht ein wenig überrascht gewesen ist?“ Esterhazy giebt auch auf diese Frage keine Antwort. Clemenceau fñhrt fort, Fragen zu

stellen, von denen eine immer schwerwiegender als die andere ist, Osterhag giebt aber keine Antwort. Die Lage erheischt ängstlich gespannt. Osterhag wiegt sich ein wenig auf den Beinen, auf seinem Gefäß, das ängstlich bleich ist, piegen sich dumpfer, mühsam verhaltener Zorn wieder. Alles fragt sich, ob nicht ein erster Zwischenfall sich ereignen wird. Im Saale herrscht tiefes Schweigen. Clemenceau, der nicht weniger als hundert Fragen an Osterhag gerichtet hat, erklärt, er komme nun zu der letzten Reihe von Fragen. Clemenceau fragt Osterhag, ob er Beziehungen zum Oberst Schwarzkoppen gehabt habe. Präsident: „Das berührt die auswärtigen Beziehungen; die Frage darf nicht gestellt werden.“ Clemenceau fragt, warum nicht, wenn es sich um Ermittlung der Wahrheit handele? Der Präsident erwidert: „Weil es etwas giebt, das noch darüber steht: die Ehre der Armee und die Sicherheit des Landes!“ (Donnerndes Beifall; Aufse: Bravo! Bravo!) Im Hintergrunde ruft jemand: „Entziehen Sie ihm das Wort!“ Der Präsident sagt: „Führen Sie die Person aus dem Saale, die laut grufen hat.“ (Clemenceau und Alle schreien laut. Hört.)

Nach und nach tritt wieder Ruhe ein und Major Eherhagh tritt von den Schranken zurück, ohne auch nur ein Wort gesprochen zu haben. Die Vernehmung der Zeugen wird fortgesetzt, so die Anton's, der vor dem Kriegsgericht erzählt hatte, die Geliebte Eherhagh's hätte ihm mitgetheilt, letzterer habe Selbstmord begehen wollen. Jules Puret vom "Figaro" erzählt, geselliglich der Enquete, welche er in Rouen unter den Offizieren dieser Stadt angestellt habe, habe man ihm gesagt, als die Blätter von einem Offizier gesprochen hätten, der an Stelle Dreyfus' Verrath begangen hätte, habe man sofort an Major Eherhagh, den man für einen Doppelgänger (rastaquouère) der französischen Armee halte, gedacht. (Bewegung.) General Guérrier wird aufgerufen, der Präsident bemerkt aber, er lehne die Vernehmung dieses Zeugen ab, weil die Vorladung desselben der Anklagebehörde nicht innerhalb der gesetzlichen Frist mitgetheilt worden sei. Auch die Vernehmung des Majors A. D. Weil wird aus demselben Grunde abgelehnt.

Die Verhandlung wird um 5 Uhr geschlossen. Am Sonnabend sollen die letzten Zeugen vernommen werden. Beim Verlassen des Gerichtssaales ist General de Bellieu Gegenstand einer ungeheuren Begeisterungsbewegung. Der General bricht in Thränen aus, drückt die hundert Hände, die sich ihm entgegenrecken, und kann sich den stürmischen Jünglingen nicht entziehen, die ihn auf den Schultern die Treppe hinuntertragen. Aber Eserbagh, der nach ihm sichtbar wird, erweist noch heftigere Begeisterung. Man ruft aus Leibestäften: „Hoch Eserbagh“, „Hoch das Heer“, „Heil dem Vater“, „Tod den Juden“. Hunderte geben ihm entblößten Hauptes das Geleite; man umarmt und küßt ihn und trägt ihn im Triumph zu einer Droschke. Wer in der Menge nicht mitjubelt oder gar „Hoch die Republik“ schreit, der wird unarmherzig geprügelt. Etwa ein Duzend Personen wurde von diesem Loos ereilt. Die Mißhandelten konnten von den Minijpalgarben nur übel zugerichtet den Händen ihrer Beinerger entrißen werden. Jola verließ viel später den Gerichtspalast und blieb unbemerkt.

Deutschland.

Berlin, 19. Februar. Am Donnerstag hat hiersebst ein konservativer Verein der Provinz Brandenburg seine konstituierende Versammlung abgehalten. Zum Vorsitzenden wurde Professor Kropatschek gewählt. Von den berufenen 12 Vorstandsmitgliedern sind 11 Nittergutsbesitzer.

— In der bayerischen Gefangenanstalt Laufen scheinen Zustände zu herrschen, welche stark an die Zeiten der Tortur erinnern; die „Münch. Post“ schreibt darüber:

„Es werden dort folgende „Besserungsmethoden“ angewendet: 1. Doppelgeschürter einfacher Dunkelarrest mit permanentem Anschluß an die Wand. 2. Tragen von Fesseln (sogenannten „Springeri“) auf die Wundstüben von drei Monaten. 3. Doppelgeschürter einfacher Dunkelarrest mittliglich vierfüßigen Krummschluß. Der Anschluß an die Wand geschieht in der Weise, daß der Gefangene mittelst einer schweren eisernen Kette am Fußgelenk an die Wand geschlossen wird; die Kette gestattet ihm nur eine Bewegung von ca. zwei Schritten. Das Tragen von „Fesseln“, sogenannten Springeri, besteht darin, daß dem Gefangenen eine kurze starke, dreigliedrige Kette mit Eisenketten an die beiden nahtigen Füße oberhalb der Fußknöchel angenietet wird; das Gewicht einer solchen Kette variiert zwischen 15—30 Pfund. Der Gefangene kann nur ganz kurze Schritte machen, durch das beständige Reiben auf der bloßen Haut werden in kurzer Zeit die Knöchel wund. Für das Anschlagen dieser Fesseln hat der Gefangene von seinem Arbeitsverdienst 25 Pfg. zu bezahlen, also den Arbeitslohn von 8 1/2 Lsg a 3 Pfg. Der je vier Stunden dauernde Krumm- und Kreuzschluß wird, wie folgt, gemacht. Der Gefangene heckt sich nieder, legt das Handgelenk der linken Hand an den Knöchel des rechten Fußes und das Handgelenk der rechten an den Knöchel des linken Fußes, darauf werden Hände und Füße durch eine eiserne Kette zusammengezogen und festgeschloßen. Die jugendlichen Gefangenen legt man auf Bauch und Brust und schließt ihnen Hände und Füße von hinten zusammen, so daß sie rund wie ein Vogen daliegen. Hierzu bemerkt die „Münch. Post“:

„Es vergeht keine Viertelstunde, so fällt der Gefesselte um, Hände und Füße laufen blau an, meist gesellt sich noch Muskelkrampf hinzu und der Gefangene liegt in vollständig gelähmtem apathischem Zustande auf der Erde. Nach Abnahme der Kette kann er stundenlang weder eine Muskel noch ein Glied rühren. Sehr oft mußten Gefangene nach erlittenem Krummschluß sofort ins Spital geführt werden und für viele dürfte diese „Hausstrafe“ der Heim zu lebenslänglichem Siechtum werden. Die Prozedur des Krummschließens wird in Laufen in die Zeit des Mittagessens verlegt, nämlich von 10 Uhr früh bis 2 Uhr Nachmittags. Sind die vier Stunden verstrichen, so steht für den Gemarterten ein Stüd Brod und Brinnenwasser bereit.“

Es wird beabsichtigt, die Zustände in der Anstalt im bayerischen Abgeordnetenhanse zur Sprache zu bringen.

Magdeburg, 18. Februar. In der heute Abend im „Blauen Elephanten“ abgehaltenen Vertrauensmänner-Versammlung des national-liberalen Vereins hieselbst wurde als Kandidat der national-liberalen Partei für den Wahlkreis Magdeburg der Kaufmann Wilhelm Zuschwerdt für die bevorstehende Reichstagswahl einstimmig aufgestellt; diese Kandidatur wurde von allen Anwesenden mit großer Freude begrüßt.

Schweiz.

Von spartanischer Einfachheit ist die politische Leitung der Schweiz. Jeder der sieben Bundesräthe hat 12 000 Frants Gehalt; das eine Bundesraths-Diner, das dem diplomatischen Korps allfällich gegeben wird, kostet 1500 Frants und zählt die eidgenössische Kasse. Der Bundespräsident hat ebenso wenig eigene Equipage als die anderen Bundesrathsmitglieder, weshalb der übliche Gegenbesuch, den der Bundespräsident und der Chef des politischen Departements jüngsthin dem neu akkreditirten deutschen Gesandten Baron Notenhau machten, mittelfst Privatbroschje erfolgte. Unter diesen Umständen hat ein Gesandter in Bern nicht viel Repräsentationspflichten, allenfalls den diplomatischen Kollegen gegenüber, von welchen der Vertreter Frankreichs Völschgerterrang hat und mit 60 000 Frants dotirt ist. Der deutsche Gesandte (es giebt auch einen bayerischen Geschäftsträger dort, Fehr. v. Notenhau ist ebenfalls Bayer) bezieht 36 000 Mark.

Stettiner Nachrichten.

* **Stettin**, 19. Februar. Der Stettiner Gewerbeclubverein hielt gestern Abend im Saale der Randower Molkerei eine außerordentliche Generalversammlung ab, auf deren Tagesordnung eine Reihe interessanter Fragen zur Verhandlung stand. Herr Kommissionsrath Wolfenauer eröffnete die Versammlung und theilte mit, daß er vom Vorstande kopirt und zum Vorlesen des Vereins berufen worden sei, er werde sich bemühen, dieses Ehrenamt in vortheilhaftem Sinne zu verwahren, denn der Verein solle nicht angreifen, sondern das Ziel der Vereinsthätigkeit sei der Schutz des rechten Gewerbetreibenden gegen unlauteren Wettbewerb. Da die meisten der vom Verein zu behandelnden Fragen juristischer Natur sind, so werde die jetzt ermöglichte Gewinnung eines Vereinskundens sicher auf allgemeine Zustimmung zu rechnen haben. Herr Rechtsanwalt Richards, Neuer Markt 6, dem dieses Amt übertragen worden ist, werde jederzeit bereit sein, den Mitgliedern des Vereins in allen den Gewerbeschutz betreffenden Fragen kostenlos Rath zu erteilen. Der Vorsitzende giebt sodann Herrn Dr. Grabmann das Wort zu dem angekindigten Referat über die Frage „Sind Baugenossenschaften in Stettin nöthig oder nützenswerth?“ Hiebei führte aus, daß diese Frage in einer ganzen Anzahl von Städten zu außerordentlich lebhaften Debatten Anlaß gegeben habe. Die Freunde dieser Institution behaupten, Baugenossenschaften wären durchaus nöthig, schon insofern, als dieselben eine Art von sozialpolitischer Aufgabe zu übernehmen hätten. Den Arbeitern und kleinen Bauern solle die Möglichkeit gegeben werden, sich ein eigenes Heim zu gründen, das sei die prinzipielle Grundlage, auf welche die Baugenossenschaften fußen, sehe man aber genauer zu, so werde man finden, daß die Baugenossenschaften nichts anderes darstellen, als eine Art von Konsumverein, denn wie in einem solchen durch gemeinschaftlichen Bezug von Waaren, so soll bei der Baugenossenschaft durch gemein-

schäftliche Beforgung von Wohnungen eine Verbilligung derselben erzielt werden. Die Frage sei nun aber, ob eine Genossenschaft unter sonst gleichen Bedingungen billiger billiger bauen könne als ein Privatmann und diese Frage sei unbedingt zu verneinen, denn der Bauherr, welcher in das Haus sein eigenes gutes Geld hineinsteckt, habe das größte Interesse daran, daß nichts verschwendet werde. Mehr Sorgfalt dürfte also auch der Bauleiter einer Genossenschaft schwerlich aufzuwenden in der Lage sein. Man werde einwenden, daß Vaugenossenschaften doch Wohnungen oft sehr billig anbieten, dabei kommen aber nicht selten durch aus verschiedenartige Objekte in Vergleich, Wohnungen auf der Gegendwieze z. B. können von Mieths wegen nicht mit solchen in den besseren Stadtgegenden in eine Reihe gestellt werden. Zuweilen arbeiten Vaugenossenschaften auch dadurch sichtbar arbeitssamer, daß sie die erforderlichen Abrechnungen verkürzen oder ganz unterlassen, ein Verfahren, das sich natürlich bitter rächen muß, sobald die Häuser erst einige Zeit stehen. Eine Nothwendigkeit für die Begründung von Vaugenossenschaften kann der Herr Referent nur dort erblicken, wo momentan ein fühlbarer Mangel an Wohnungen sich bemerkbar macht, sonst bilden dieselben, wo sie etwa in Menge entstehen, eine Gefahr für den privaten Grundbesitz. Von einem Nothstand könne man sprechen in einem Falle, wo wir ihn hier bei der Stenverschen Fabrik an der Falkenwälder Chaussee vor Augen haben, und der Arbeitgeber sei deshalb dort bereits mit der Errichtung von Arbeiterwohnungen vorgegangen. In Stuttgart werde freilich über perennirende Wohnungsnoth geklagt, durch eine Umfrage sei aber erst ganz kürzlich festgestellt worden, daß hier keine Wohnungen in ausreichender Anzahl und für angemessenen Preis zu haben sind. Allerdings stehen Wohnungen in Stuttgart allgemein etwas hoch im Preise, dies sei aber ganz einfach daraus zu erklären, daß an Laffen und Abgaben auf jeder Wohnung durchschnittlich 100 Mark ruhen, sodas also bei einem jährlichen Miethspreise von 224 bis 240 M., wo er hier für kleine Wohnungen üblich ist, dem Hausebesitzer nur 124—140 M. verbleiben. Diese Laffen und Abgaben hat aber die Genossenschaft ebenso zu tragen wie der Privatmann, deshalb kann die Erkläre nicht billiger bemieten, sofern ihr nicht etwa irgend welche besonderen Vergünstigungen zu Theil werden. Solche genießen einzelne Vaugenossenschaften in der That dadurch, daß ihnen aus den Fonds der Alters- und Invaliditäts-Versicherungsaufkassen Geld zu 2½ Prozent gegeben wird, das ist ein Zinsfuß, womit der private Grundbesitz natürlich nicht rechnen kann, derselbe befindet sich hier also den Genossenschaften gegenüber entschieden im Nach-

Heil. Hedner gelangt zu dem Schluß, daß für Stettin derartige Genossenschaften, welche nach Art der Konsumvereine mit der privaten Wirtschaftigkeit in Wettbewerb treten, weder nöthig noch wünschenswerth sind. (Beifall.) Herr Zimmermann wünscht zu wissen, ob die Bausgenossenschaften auch ähnlich den Konsumvereinen Bezorhungen in Bezug auf Steuern und Abgaben genießen. Herr Dr.

Präsident erwirbt, daß hier in Stettin eine solche Bevorzugung hinsichtlich der Kommunalabgaben nicht besteht, in anderen Städten hoben die Genossenschaften jedoch den theilweisen Erlass der Straßenherstellungskosten und andere Erleichterungen durchgeleitet. — Die Verammlung erklärt sich schließlich mit den Ausführungen des Referenten dahin einverstanden, daß ein Bedürfnis zur Gründung von Baugenossenschaften für Stettin nicht anzuerkennen sei. — Sodann erhält Herr Th. Zimmermann das Wort zum zweiten Punkt der Tagesordnung: „Sind Bezeichnungen wie „Berliner Engros-Lager“, „Hamburger Engros-Lager“, „Sächsishe Wollwaaren-Niederlage“ und ähnliche nach dem Gehe über den unlauteren Wettbewerb zulässig oder nicht?“ Anlaß zur Erörterung dieser Frage hat ein Schreiben des „Hammer Gewerbevereins“ gegeben, worin mitgetheilt wird, daß dieser Verein gegen das „Hamburger Engros-Lager“ in Hamm einen Prozeß auf Beseitigung der vorgedachten Firmirung angestrengt und in erster Instanz ein obliegendes Erkenntnis erstlet hat. Die beklagte Firma verfolgt nun aber die Angelegenheit weiter und wendet der Hammer Verein sich nun an die Vereine gleicher Richtung mit der Bitte um Genöthigung eines Beitrages zu den nicht unbedeutlichen Prozeßkosten. Die Quote wird, sofern der Hammer Verein in allen Instanzen mit seiner Klage durchdringt, den Gebern zurückerstattet. Da auch in Stettin ein „Hamburger Engros-Lager“ besteht, so ist die Entscheidung derin Hamm aufgeworfenen Frage für unseren Verein von prinzipieller Bedeutung und bittet Referent, dem Gewerbeverein in Hamm (Westfalen) einen Vorstoß von 30 Mark zu überweisen. Diefem Antrage stimmt die Versammlung zu und wird ferner beschlossen, an den Syndikus das Eruchen zu richten um Auskunft darüber, ob Firmirungen, wie Berliner oder Hamburger Engros-Lager, Sächsische Wollwaaren-Niederlage zulässig sind. Der Vorstand wird, sofern die Antwort vernennend ausfällt, ermächtigt, weitere Schritte in der Angelegenheit zu thun. — Ein von Herrn K. nze näher begründeter Antrag geht dahin: „Bei der königlichen Postdirektion vorstellig zu werden, daß das Gewicht für das in Stettin eingeführte Bund Heu einheitlich auf 5 Kilo und für das Bund Stroh einheitlich auf 1 Kilo festgelegt und Mindergewicht unter Strafe festgestellt werden möge.“ Der Antragsteller führt an, daß beim Verkauf von Heu und Stroh nach Bund und Schock sehr ungleichmäßig verfahren werde, so daß der Käufer selten genau wisse, was er eigentlich bekommt. Man habe Stroh in Bündeln von 9, 8, 7 und sogar 6 Kilo hier am Markt gefunden, eine Regelung sei demnach hier sehr erwünscht. Der Antrag wird einstimmig angenommen. — An der Hand eines eingehausenen Schreibens erörtert Herr Dr. Graßmann Klagen über Mißstände im hiesigen Handel. Der Einfinder führt an, daß im Schaufenster eines hiesigen Geschäftes Gummithe, welche im Einkauf auf 90 Pf. per Dutzend zu stehen kommen, als Ledermatz mit 5 Pf. das Stück ausgezeichnet waren, die Palle wurden aber, wie das bei derartigen Artikeln meist geschieht, nur einzeln verkauft, ein Dutzend war davon nicht zu haben. Der Referent äußert gewünscht, daß dieser Fall etwas früher zur Kenntnis des Vorstandes gebracht worden wäre, dann hätte dagegen im Wege der öffentlichen Bekanntgabe vorgegangen werden können. Einige ähnliche Fälle führt Redner noch an, z. B. wurde eine Gardine, deren Preis ursprünglich 3,25 Mark betrug, nachdem sie durch mehrere Läden gewandert war, schließlich in einem Schaufenster mit 2 Mark ausgezeichnet. Herr Tischlermeister Lade witz weist gleichfalls über derartige Fälle zu berichten, wobei er besonders auf die vielfach in den Händen jüdischer Geschäftskente befindlichen Ramischbazeze hinweist. Der Herr Vorsitzende bittet, derartige Anfälle zu unterlassen, der Gewerbeverein untersehe nur reelle und unreelle Gewerbetreibenden und bekämpfe die Letzteren ohne Ansehen der Person oder des Vetenntnisses. (Zustimmung.) Ein Gesuch wird in der Angelegenheit nicht gefaßt. — Herr Obermeister Schöber erstattet für den erkrankten Kassensührer, Herrn Postleutnant Bernh. Schröder, den Kassenericht. Im abgelaufenen Jahre betrugen die Einnahmen 634,85 Mark, die Ausgaben 99,60 Mark, so daß ein Bestand von 535,25 Mark verblieb. Davon sind 500 Mark auf ein Spar-Kassenbuch hinterlegt. — In den Vorstand wurden an Stelle von drei ausgeschiedenen Mitgliedern die Herren Kaufmann Paul Schlegel, Postamentar Klein und Kaufmann Gramsbernfen, die übrigen Vorstandsmitglieder durch Zufall wiedergewählt. Damit war die umfangreiche Tagesordnung erledigt.

— In ihrer Abendausgabe vom 17. d. M. schreibt die „Stettiner Morgen- und Abendzeitung“ wörtlich: „Auf einer Unwahrheit, die uns freilich nicht bekümmert, er-
tappen wir das „Tageblatt“, indem es meint, wir hielten eine Blockade unserer Küsten und Häfen für ausgeschlossen, weil England isolirt sei. Davon haben wir kein Wort geschrieben.“ Demgegenüber fordern wir das ge-
nannte Blatt auf, seine Abendausgabe vom 10. d. M. nachzulesen; da heist es wörtlich: „England spegelt sich in seiner asiatischen Politik
es engagirt, im Uebrigen *so isolirt*, daß es trotz
des Professors Kolisch sich hüten wird, mit
Deutschland anzubinden.“ Wenn man Jemand
zu ehrenrührige Vorwürfe macht, wie die
„Stettiner Morgen- und Abendzeitung“ in diesem
Falle es uns gegenüber gethan hat, so muß man
seiner Sache doch einigermaßen sicher sein. Wir
sind weit entfernt, den gegen uns zu Unrecht er-
hobenen Vorwurf dem genannten Blatte zurück-
zugeben, sondern wir begnügen uns, festzustellen,
daß zu der von uns bereits geäußerten Un-
wisshheit und Ungezogenheit dieses
Blattes auch noch eine bedenkliche „Ge-
dächtnislistwache“ hinzutritt. Im Uebrigen

freuen wir uns, Konstatieren zu können, daß nunmehr auch die „Stettiner Morgen- und Abendzeitung“ eine Blockade unserer Küsten und Häfen durch England nicht für ausgeschlossen hält und sich also in diesem Punkte wenigstens eines Besseren hat belehren lassen. Wenn die selbe nun ferner erwägt, welche schweren Wunden schon die kurze Blockade von 1870 durch Frankreich dem deutschen und speziell auch der Stettiner Handel und unserer dort interessierten Arbeiterbevölkerung zuge schlagen hat, so sollte es doch die einfachste Logik es diesem Blatte sagen, daß gegenüber der so gewaltig gestiegenen Risiko der Seeinteressen Deutschlands es in der That nicht Kriegsfurcht, sondern einfache Vorsicht ist, genau, wie bei der Versicherung gegen Feuergefahr, wenn angesichts der weit größeren Bedrohung aller fremden Kriegsschiffen auch die deutsche Kriegsflotte die geringe, auf zwei Ausfallgeschwader von je 8 Linien- und 2 Kreuzern bestehende dazu gehörige Kreuzerbeschränkte Verstärkung erhält. Stettin speziell mit seiner nach Millionen zählenden Hafenanlage würde geradezu seinem finanziellen Ruin entgegengehen, wenn es England gelingen sollte, auch nur ein Jahr lang eine Effektivblockade durchzuführen. Die „Stettiner Morgen- und Abendzeitung“ möge nur einmal ihren Lesern mitteilen, welche überlegenen Seestreitkräfte England für diesen Zweck zu Gebote stehen. Von einer großen Parität ist zu zeigen, daß die „Stettiner Morgen- und Abendzeitung“ meint, unser kurze Auszug aus dem Vortrage des Herrn Professor Kolisch, über die Seeinteressen Deutschlands sei der wirkliche Vortrag seinem genannten Wortlaut nach. Diese thörichte Annahme ergibt sich aus der Bemerkung des genannten Blattes, in dem Vortrage des Herrn Professor Kolisch fehle der Ausdruck „Hochseeflotte“, sowie daß letzterer in unserer Erwiderung mit neuen Gedanken komme, indem er die jährlichen Aufwendungen für die Flotte Prämien an eine Kriegsversicherungsanstalt nenne. Unser Auszug enthält über die englische und deutsche Kriegsflotte im ganzen 2 Sätze, und es gehört wirklich wenig Verstand dazu, zu errathen, daß sich der Vortrag des Herrn Professor Kolisch, über die Flottenfrage, unmöglich auf diese zwei Sätze beschränkt haben kann. Nachdem wir wiederholentlich hingewiesen haben, daß selbst das Reichs-Marine-Amt bei der Vergleichen der Kriegsschiffen aller Länder nur die Linien- und Kreuzerschiffe und deren heranzieht, sollte man es kaum für möglich halten, daß die „Stettiner Morgen- und Abendzeitung“ Herrn Professor Kolisch gegenüber noch immer den Vorwurf der Unkenntnis aufrecht erhält. Doch die „Stettiner Morgen- und Abendzeitung“ muß ja nun besten wissen, was sie ihren Parteigenossen in Leitfäden bieten darf.